

23. VI. 1919

103

**Die sozialdemokratische Partei im Gemeinderat
gegen die Erhöhung der Mietzinse.**

Wien, 23. Juni.

Wir haben über den Vorschlag des Magistrats berichtet, durch eine abgestufte bis zu 35 1/2 Heller (gegenwärtig 8 1/2 Heller) reichende Steigerung der Zins- und Schulzins den vorläufig mit 403 Millionen Kronen errechneten Abgang im nächstjährigen Gemeindebudget um 129 Millionen Kronen zu verringern. Diese Steigerung der Zins Heller hätte eine Steigerung der Bruttomietzinse um 24 bis 42 Prozent zur Folge gehabt.

Der Vorstand des Klubs der Sozialdemokraten im Wiener Gemeinderat trat gestern vormittags zur Beratung dieses Planes zusammen. Der Vorstand erörterte in eingehender Debatte die überaus schwierige Finanzlage der Gemeinde Wien und zog hierbei auch in Erwägung, daß die Gemeinde beim heutigen Stande der Finanzen in kürzester Zeit nicht mehr in der Lage sein werde, die Bezüge ihrer Angestellten zu decken, da die vorgenommenen und noch zu beschließenden Lohnerhöhungen bei den städtischen Unternehmungen kaum hinreichen, das Defizit dieser Unternehmungen selbst zu beseitigen. Dennoch sah der Vorstand in dem Vorschlage des Magistrats keinen derzeit gangbaren Weg. Denn einerseits seien grundlegende Steuerreformen nur im Zusammenhang mit der nach dem Friedensschlusse unerläßlichen Auseinandersetzung zwischen Staat, Land und Gemeinde möglich, anderseits müsse der Vorschlag des Magistrats im Zusammenhang mit der Frage der Kommunalisierung des Wohnbodens und des Hausbesitzes betrachtet werden, die bereits Gegenstand gründlicher Fachberatungen sei. Daher kam der Vorstand zu dem Ergebnis, der am nächsten Dienstag nachmittag zusammentretenden Vollversammlung des sozialdemokratischen Klubs die Ablehnung der Mietzinssteuer vorzuschlagen.